

Gesellschaft. Gleichzeitig wird beklagt, daß nicht zuletzt ein Teil der serbisch-orthodoxen Kirchenführung für ein zentralistisches, serbisch dominiertes Jugoslawien eintrete und die katholische Kirche der Verschwörung gegen das Serbentum bezichtige.

Zweifellos haben sich die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen der serbischen Orthodoxie mit ihren teilweise tief verwurzelten antikatholischen Ressentiments und der katholischen Kirche in Kroatien durch die Spannungen und Auseinandersetzungen der letzten Zeit nochmals verschlechtert. Allerdings gibt es auch einige hoffnungsvolle Signale: So appellierte sowohl der Zagreber Erzbischof, Kardinal *Kuharić*, wie der neue serbische Patriarch *Pavle* nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen im slawonischen Ort Pakrac an die Angehörigen beider Nationalitäten, alle Anstrengungen für eine Rückkehr zu einem friedlichen Zusammenleben zu unternehmen. Der serbisch-orthodoxe Bischof von Novi Sad (Vojvodina) warnte davor, die Übereinstimmung von Konfession und nationaler Zugehörigkeit in Jugoslawien als Grundlage einer nationalen oder gar nationalistischen Ideologie zu mißbrauchen.

Sowohl in der Tschechoslowakei wie in Jugoslawien sind die Dinge derzeit noch in der Schwebe: Das neue Verhältnis zwischen Gesamtstaat und Teilstaaten in der ČSFR muß erst noch ausgehandelt und in einer neuen Verfassung festgeschrieben werden. Die Auflösung des jetzigen Jugoslawien dürfte zwar nur noch eine Frage der Zeit sein; es ist aber noch nicht abzusehen, welchen Status die bisherigen Republiken dann jeweils haben werden. In der Slowakei wie in Kroatien besteht eine historisch gewachsene enge Verbindung zwischen den nationalen Bestrebungen und der katholischen Kirche als einem entscheidenden Träger national-kultureller Identität. Schon deshalb ruht auf der Kirche in beiden Fällen auch eine besondere Verantwortung für das jeweilige Gemeinwesen, ohne daß sie sich für politische Zwecke oder zur Unterstützung nationaler Emotionen instrumentalisieren lassen dürfte. ru

Kardinäle: Offensive gegen Abtreibung und Sekten

Das außerordentliche Konsistorium, zu dem das Kardinalskollegium vom 4. bis zum 7. April im Vatikan zusammentraf, war schon das vierte seit Beginn des jetzigen Pontifikats. Von den Beratungsthemen her bedeutet die jüngste Vollversammlung der Kardinäle aber eine Zäsur: Während die bisherigen Treffen vom November 1979 (vgl. HK, Dezember 1979, 594–596), vom November 1982 (vgl. HK, Januar 1983, 4–6) und vom November 1985 (vgl. HK, Januar 1986, 8f.) weitgehend von den Themen *Kurienreform* und vatikanische *Finanzen* beherrscht waren, ging es diesmal nicht um Strukturfragen, sondern um zwei sehr unterschiedliche Herausforderungen für die katholische Weltkirche, die sich ungeachtet der beträchtlichen regionalen Variationsbreite in allen Weltgegenden auf die eine oder andere Art stellen. Die Kardinäle befaßten sich bei ihrer Vollversammlung mit den Themen „Die Haltung der Kirche angesichts der gegenwärtigen Bedrohungen gegen das Leben (mit besonderer Berücksichtigung der Abtreibung)“ und „Die Verkündigung von Jesus Christus, dem einzigen Erlöser, und die Herausforderung der Sekten“. Die öffentliche Aufmerksamkeit galt dabei (jedenfalls in Europa) vor allem den Beratungen zu den Bedrohungen des Lebens und möglichen kirchlichen Initiativen auf diesem Feld, nicht zuletzt aufgrund des massiv zivilisationskritischen Referats des Präfekten der Glaubenskongregation, *Joseph Kardinal Ratzinger* (vgl. ds. Heft, S. 223).

Zuviel Schwarzweißmalerei

Die Ausführungen Kardinal Ratzingers, die ein düsteres Szenario eines umfassenden „Kriegs gegen das Leben“ in der modernen Gesellschaft

entwerfen und als Wurzel allen Übels ein falsches Verständnis von Freiheit und Gewissen namhaft machen, wurden durch Berichte zur Situation in den verschiedenen Erdteilen flankiert. Dabei beklagte Kardinal *Joseph O'Connor* (Erzbischof von New York), daß in den USA und Kanada die ungeborenen Kinder ohne verfassungsmäßigen Schutz seien und nicht als Personen gelten würden; das bürgerliche Gesetz werde zum „großen Lehrmeister der Gesellschaft und zum moralischen Schiedsrichter“, dem das göttliche und das Naturgesetz untergeordnet würden. Die schwärzesten Töne schlug der Bologneser Erzbischof, Kardinal *Giacomo Biffi*, an. Er bezeichnete die mit gesetzlicher Erlaubnis durchgeführte und von der Gesellschaft finanzierte Abtreibung als den „schändlichsten“ aller Kriege und verglich die gegenwärtige westliche Gesellschaft mit der heidnischen, die Paulus im ersten Kapitel des Römerbriefs als ihren Lastern ausgelieferte beschreibt.

Demgegenüber waren die Berichte aus Lateinamerika und Afrika eher nüchterne Aufzählungen der verschiedenen Lebensbedrohungen in den Ländern der Dritten Welt. So zählte Kardinal *José Freire Falcão*, der Erzbischof von Brasília, neben der Abtreibung un-menschliche Lebensbedingungen, unzumutbare Arbeitsbedingungen, Krankheiten, Gewalt, Guerillakriege, Analphabetismus, moralische Permissivität und Prostitution als physische und psychische Lebensbedrohungen auf. Der Erzbischof von Garoua (Kamerun), Kardinal *Christian Wiyghan Tumi*, trug aus afrikanischer Sicht ebenfalls eine lange Liste von Bedrohungen des Lebens vor, von Armut und Sklaverei über ungerechte politische Strukturen und das Banditenunwesen bis hin zu Naturkatastrophen.

Auch das Schlußkommuniqué der Kardinalsversammlung exemplifiziert die „vielfältige dramatische Aggressivität der heutigen Angriffe auf das menschliche Leben“ mit verschiedenen Phänomenen, wobei auch hier wiederum die von der Gesetzgebung begünstigten Abtreibungen an erster Stelle zu stehen kommen. Genannt werden außerdem Versuche, die Euthanasie zu legitimieren, die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen, den Mißbrauch des vorgeburtlichen Lebens im Zusammenhang mit Embryonenexperimenten und den Praktiken künstlicher Befruchtung. Schließlich ist auch vom Verlust von menschlichem Leben durch Unterentwicklung, Hunger, verschiedene Formen von Gewalt und durch Kriege die Rede. Im Blick auf Abtreibung und Euthanasie heißt es im Kommuniqué, die Proklamation der Menschenrechte werde geschwächt und durch diese selektive Anwendung, die das ethische Fundament einer authentischen Demokratie angreife, ins Gegenteil verkehrt.

Schwachstellen in der kirchlichen Pastoral

Beim zweiten Thema des außerordentlichen Konsistoriums lag die Einführung in den Händen des Präfekten der Kongregation für die Glaubensverbreitung, Kardinal *Jozef Tomko*, und des Präsidenten des Rates für den interreligiösen Dialog, Kardinal *Francis Arinze*, der aus Nigeria stammt. Dabei lieferte Kardinal Tomko sozusagen den Klartext zur Missionsenzyklika Johannes Pauls II. von Ende Januar nach (vgl. HK, März 1991, 104). Während in „Redemptoris missio“ nur in allgemeinen und unspezifischen Formulierungen theologische Strömungen bzw. Positionen kritisiert werden, die den Anspruch der christlichen Offenbarung im Dialog der Religionen abschwächen, wurde der Präfekt der „Propaganda“ jetzt deutlicher: Tomko warf einem Teil der Theologen, die sich um eine Auslegung des christlichen Glaubens im Horizont der Begegnung mit anderen Religionen bemühen, ein falsches Verständnis Jesu

Christi, des Heiligen Geistes und des Reich Gottes vor. Seine Kritik galt beispielsweise Konzeptionen, nach denen der in Jesus inkarnierte Logos auch in anderen Religionen oder geschichtlichen Gestalten anwesend sein könne oder für die alle Religionen Heilswege seien, in denen sich das unendliche Geheimnis Gottes geschichtlich inkarnieren könne. Als Zentrum solcher, seiner Auffassung nach für die Mission verhängnisvoller Tendenzen nannte Tomko Asien im allgemeinen und *Indien* im besonderen; solche Ideen seien aber auch im ozeanischen Raum, in einigen afrikanischen Ländern und in Europa anzutreffen.

Von der Philippika des Präfekten der Kongregation für die Glaubensverbreitung hoben sich die pastoral orientierten Ausführungen von Kardinal Arinze ab, der eine Typologie der neuen religiösen Bewegungen versuchte und nach den Ursachen für Entstehung, Ausbreitung und Attraktivität dieser sehr unterschiedlichen Bewegungen fragte. Sekten und religiöse Bewegungen seien Anzeichen für von der Kirche nicht wahrgenommene spirituelle Bedürfnisse, böten sich als Zufluchtsorte angesichts kultureller Umbruchsituationen an und vermittelten Hilfestellungen in existentiellen und physischen Notlagen. Der Zulauf zu Sekten habe mit *Schwachstellen in der kirchlichen Pastoral* zu tun, etwa bei der Inkulturation, dem Umgang mit der Schrift oder den Gemeindestrukturen. Arinze wies darauf hin, daß man teilweise von den Methoden der Sekten (ihrer missionarischen Dynamik etwa) lernen könne, daß das aber nicht für Methoden gelte, die dem Geist des Evangeliums entgegen gesetzt seien, weil sie die Gewissensfreiheit nicht respektierten.

Die Berichte aus den verschiedenen Erdteilen vermittelten ein umfassendes und gleichzeitig differenziertes und ungeschminktes Bild von der Herausforderung der katholischen Kirche und ihrer Pastoral durch die verschiedenen religiösen Bewegungen, seien es Pfingstsekten in Lateinamerika oder „unabhängige Kirchen“ in Afrika. Nach einer SECAM-Untersuchung von 1990 bestehen in Afrika ca. 10 000

Sekten, von denen sich 2800 als christlich bezeichneten. In den Ländern Mittelamerikas hat sich die Zahl der Nichtkatholiken seit 1960 verfünfbis versiebenfacht. Nach CELAM-Angaben stieg die Zahl der Protestanten (zum überwiegenden Teil Anhänger von Sekten) in Lateinamerika zwischen 1974 und 1985 von ungefähr acht bis auf etwa 30 Millionen.

Bei den Vorschlägen für eine angemessene Antwort der Kirche auf die Ausbreitung der verschiedenen Sekten bzw. neuen religiösen Bewegungen besonders in Afrika und Lateinamerika, aber auch in Europa (den entsprechenden Bericht gab der Erzbischof von Madrid, Kardinal *Angel Suquia Goycoechea*) liefen die Ausführungen von Kardinal Arinze und der Berichte aus den einzelnen Kontinenten weitgehend parallel. Es braucht demnach lebendige Gemeinden und Gruppen, in denen Christen Gemeinschaft erfahren können, eine gründliche Katechese und Einführung in die Heilige Schrift; Laien müßten verstärkt herangebildet und in die Evangelisierung einbezogen werden. Man dürfe die Dimension der religiösen Erfahrung nicht vernachlässigen, so Kardinal Arinze; das Christentum sei schließlich weder ein bloßes Lehrsystem noch eine Sammlung von ethischen Anweisungen. Im Schlußkommuniqué heißt es zum Thema Sekten u. a., die Kirche sei zu einem authentischen Unterscheiden aufgerufen, um die Motive des Phänomens zu bewerten und angemessene Antworten finden zu können. Die Kardinäle hätten bei ihren Beratungen vor allem die Notwendigkeit einer *Neuevangelisierung* hervorgehoben.

Enzyklika über Lebensschutz vorgeschlagen

Während es im Blick auf die Sekten als Ergebnis des außerordentlichen Konsistoriums bei allgemeinen Appellen und Feststellungen blieb, kam es beim Thema Lebensbedrohungen zu einem *konkreten Votum* der versammelten Kardinäle. Dem Schlußkommuniqué zufolge trugen sie dem Papst den

Wunsch vor, „daß er feierlich in einem Dokument ... die beständige Lehre der Kirche über den Wert des menschlichen Lebens und seine Unberührbarkeit im Licht der aktuellen Umstände und der es heute bedrohenden Angriffe bekräftigen möge“. Eigens vermerkt wurde, daß die Mehrzahl der Kardinäle sich für ein solches Dokument in Form einer *Enzyklika* ausgesprochen habe. Mit ihrem Vorschlag für ein Dokument über die Haltung der Kirche angesichts der gegenwärtigen Lebensbedrohungen bezogen sich die Kardinäle nicht auf die seit einiger Zeit im Entwurf vorliegende Enzyklika zu Grundfragen der Moralthologie bzw. Grundprinzipien der katholischen Sittenlehre. Sie dürfte in absehbarer Zeit unabhängig von dem jetzt angeregten neuen Projekt erscheinen.

In einer kurzen Erklärung bekräftigten die Kardinäle nochmals die „heilige Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens“, das heute in direkter Weise von seinem Beginn an durch die „gewaltige Verbreitung der Abtreibung“, die oft mit unzulässigen genetischen Manipulationen verbunden sei, bedroht werde. Die Kardinäle richteten

im Kommuniqué einen Appell an das moralische Gewissen der Politiker, seien sie Christen oder nicht, die gesetzlichen und politischen Initiativen auf die „unbeugbare Pflicht des Respekts gegenüber dem menschlichen Leben“ auszurichten. Gleichzeitig verpflichteten sie sich zur Ausarbeitung und Umsetzung eines *Pastoralprogramms* als Antwort auf die verschiedenen Lebensbedrohungen in der gegenwärtigen Gesellschaft. Daß die Kirche das Recht und die Pflicht hat, akute Gefahren für das Leben und bedrohliche Entwicklungen beim Namen zu nennen und ihnen mit ihren Möglichkeiten entgegenzutreten, ist unbestritten. Es wäre aber gut, dabei auf pauschale Schreckensgemälde und Verfallstheorien zu verzichten, um die unterschiedlichen Lebensbedrohungen jeweils als solche wahrnehmen und bewerten zu können. Die Kirche soll den demokratischen Rechtsstaat und den gesellschaftlichen Pluralismus nicht heiligsprechen, muß sich aber darüber im klaren sein, daß sie ihrer Sache mit überzogenen Vorwürfen an die Adresse des demokratischen Staats und der modernen Gesellschaft eher schadet als nützt. U. R.

Fortsetzungsteil einer europäischen Werte-Studie im Jahr 1990. Bezogen auf die rot-weiß-rote Alpenrepublik zeigte sich, daß die Österreicher einen zentralen Wunsch haben: Sie wollen gesund sein (94 Prozent der Befragten). Schon an zweiter Stelle steht der Wunsch, Kinder zu haben (64 Prozent), dann folgen: Freunde zu haben (57 Prozent), an Gott zu glauben (50 Prozent), verheiratet zu sein (44 Prozent), viel Freizeit zu haben (21 Prozent) und im Wohlstand zu leben (17 Prozent). Die These, daß der Mensch unserer Zeit in der modernen Industriegesellschaft dem praktischen Materialismus restlos verfallen sei, wird durch diese Ergebnisse einigermaßen erschüttert.

Zu den Lebensgrundwerten der Österreicher zählen aufgrund der Zulehner-Untersuchung die Wünsche nach Freiheit und Beheimatung. An der Spitze steht dabei der Wunsch (91 Prozent der Befragten äußerten ihn), daß „ich Menschen um mich habe, die ich lieben kann und die auch mich lieben“. 87 Prozent knüpften den Wunsch daran, daß „ich meine persönliche Freiheit besitze“, während 83 Prozent sich für die Möglichkeit, in einer freiheitlichen Staatsform zu leben, aussprachen.

Eindeutig geht aus den Untersuchungen hervor, daß in den letzten 20 Jahren in Österreich ein *dramatischer Rückgang des Autoritarismus* erfolgt ist, wobei unter diesem Begriff nicht die Ablehnung von Autorität, wohl aber die Ablehnung eines autoritären, undemokratischen, nichtpartizipatorischen Umgangsstils verstanden wird. Waren noch 1970 31 Prozent der Befragten der Auffassung, daß dort, wo strenge Autorität herrscht, auch Gerechtigkeit ist, so ist diese Meinung im Jahr 1990 auf neun Prozent abgesunken. Die Auffassung, daß man erst dann mitreden und mitentscheiden soll, wenn man durch harte Arbeit eine Position erreicht hat, ist von 45 Prozent im Jahr 1970 auf 10 Prozent im Jahr 1990 gesunken. Waren noch 1970 71 Prozent der Befragten der Meinung, das Wichtigste, was Kinder lernen müßten, sei Gehorsam, so ist dieser Prozentsatz 1990 auf 23 Pro-

Österreich: Religiosität im Wandel

Die Studien, die der Wiener Pastoraltheologe *Paul Zulehner* mit seinen Mitarbeitern über die Wertvorstellungen der Österreicher Anfang der neunziger Jahre durchführte, gewannen durch eine damit verbundene Erhebung über die Popularität der österreichischen Bischöfe (vgl. HK, Februar 1991, 96) eine außerordentliche Publizität. Bei dieser Erhebung stellte sich heraus, daß die in den letzten Jahren bestellten Bischöfe in Österreich einen sehr niedrigen Beliebtheitsgrad erringen konnten, während der Alt-Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, und die schon länger im Amt befindlichen Diözesanbischöfe eine überdurchschnittliche Popularität zu verzeichnen haben. Die durch eine Indiskretion veröffentlichten Daten lösten eine heftige Auseinandersetzung

in der Öffentlichkeit aus, die jedoch den Umstand verdeckte, daß die Erhebung über die Bischöfe in Österreich nur ein kleines Detail einer viel größer angelegten Untersuchung war. Mittlerweile wurde die Fülle des Materials, die durch die Zulehner-Studien zutage kam, veröffentlicht. Es ermöglicht einen Einblick in die „österreichische Seele“ und läßt weit über Österreich hinaus Rückschlüsse auf in den letzten Jahren erfolgte Veränderungen in den Wertvorstellungen der Bewohner auch anderer westeuropäischer Industrieländer zu.

Autoritäten sind weniger gefragt

In diesem Sinn sind die Ergebnisse der Untersuchungen in Österreich nur ein